

Wahlprüfstein GEW

- 1) *Nach dem Ausbau an Kindertagesplätzen ist es nun Zeit, sich an eine Verbesserung der Strukturqualität zu machen. Wie sind Ihre Vorstellungen die strukturelle Qualität in den Einrichtungen zu sichern und zu verbessern? Inwiefern unterstützen Sie die Forderung nach einem Bundeskindertagesqualitätsgesetz?*

In Baden-Württemberg ist der Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung weit fortgeschritten. Das Betreuungsverhältnis ist gut, die Ausbildung wurde praxisorientiert umgestaltet. Allerdings ist der - von der CDU seinerzeit eingeführte - Orientierungsplan offenbar noch nicht in allen Kindertageseinrichtungen angekommen. Mein Ziel in der nächsten Legislaturperiode wäre es vor allem, dass der Orientierungsplan überall umgesetzt wird.

Die Diskussion um ein Bundesqualitätsgesetz ist mir bekannt. Dabei geht es darum, dass die Bundesländer, die noch unzureichende Standards haben, verpflichtet werden, ihre Standards anzugleichen und vor allem für einen besseren Betreuungsschlüssel zu sorgen. Auch Bundesgesetze können aber nicht etwas erzwingen, wenn ein Land nicht umsetzt – insofern würde ein Bundesqualitätsgesetz nicht mehr Wirkung haben als die bisherigen Vereinbarungen und ist daher nicht der Mühe wert.

- 2) *Der Ausbau von Ganztagschulen in offener und gebundener Form ist auch in Zukunft ein Ziel der Bildungspolitik. Unterstützen Sie es, dass Ganztagschulen eine entsprechende Ausstattung räumlicher und personeller Art erhalten? Setzen Sie sich dafür ein, dass an Ganztagschulen aus Landesmitteln finanzierte, sozialpädagogisch ausgebildete Beschäftigte eingestellt werden? Setzen Sie sich für Anträge und Genehmigungen von Gymnasien und Realschulen auf eine Ganztageschule in gebundener Form ein?*

Der Ausbau der Ganztagschulen steht auch für die CDU oben auf der bildungspolitischen Tagesordnung. Dabei sind wir nicht für einen Ausbau nach dem Motto „Alles oder nichts“, sondern für einen flexiblen Ausbau mit verschiedenen Optionen, je nach Bedarf. Ob eine Schule den gebundenen, offenen oder teilgebundenen Ganztag anbietet, sollte sie selbst mit ihren Gremien und den Schulträger entscheiden und die verschiedenen Möglichkeiten auch tatsächlich haben. Das gilt natürlich auch für Gymnasien und Realschulen, die sich genauso wie andere Schulen als Ganztageschule aufstellen können sollten. Nicht zuletzt für G8 kann dies interessant sein. Im Rahmen der regionalen Schulplanung muss auf ein vielfältiges Angebot vor Ort geachtet werden.

- 3) *Die Unterzeichnerstaaten der UN-Konvention Artikel 24 anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderung auf Chancengleichheit und gewährleisten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen. Dies wurde in Baden-Württemberg am 1. August 2015 in das Schulgesetz aufgenommen. Es besteht ein akuter Mangel an ausgebildeten Sonderschullehrkräften. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig, dass zeitnah Sonderschullehrkräfte im Tandem an allen allgemein bildenden Schulen eingesetzt werden?*

Die Inklusion ist auch Anliegen der CDU Baden-Württemberg. Je nach Art und Grad der Behinderung ist die Beschulung in einer Regelschule oder in einem Sonderpädagogischen Zentrum besser für das Kind mit seinem jeweiligen sonderpädagogischen Förderbedarf. Daher ist die Weiterexistenz von „Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren“ wichtig, damit diese Wahlmöglichkeit für die Eltern besteht. Insofern ist es keine Lösung, die Sonderschullehrkräfte aus den SBBZ abzuziehen und allesamt in Regelschulen zu beschäftigen – sie werden auch an den SBBZ gebraucht. Ich bin nicht der Meinung, dass jede Regelschule inklusiv arbeiten muss, sondern Schulen sich um Inklusion bewerben

sollten und dann dafür eine entsprechend bessere Ausstattung materieller und personeller Art erhalten. In den inklusiven Klassen sollte eine Doppelbesetzung mit Regel- und Sonderschullehrkraft vorgehalten werden. Solange Unsicherheit herrscht, ob die Sonder- und Förderschule politisch überhaupt noch von grün-rot gewollt ist, wird das Interesse an dieser Berufswahl zurückgehen.

- 4) *Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft setzt sich auch weiterhin dafür ein, dass in Baden-Württemberg eine Schule für alle realisiert wird. Mit der Einführung der Gemeinschaftsschulen ist der erste Schritt gemacht worden. Unterstützen Sie diese bildungspolitische Weiterentwicklung?*

Nein. Eine Schule mit kompletter Binnendifferenzierung mag im Einzelfall gelingen, aber nicht in der Breite. Auch die Waldorfschule klappt im Einzelnen, ist aber dennoch keine Option für alle. Wir halten eine externe Differenzierung in Gruppen, Klassen und schließlich in Bildungsgängen und Schulformen für besser und werden den Gemeinschaftsschulen den Weg zu einer Differenzierung in Leistungsgruppen anbieten.

- 5) *Wie ist inklusive Bildung bei einem Klassenteiler von momentan 28 SchülerInnen an den Grund- und Gemeinschaftsschulen und 30 SchülerInnen an den weiterführenden Schulen mit dem Ziel des individuellen Lernens und Förderns einlösbar?*

Individuelles Lernen und Fördern hängt weniger vom Klassenteiler ab als vom pädagogischen Konzept. Eine weitere Senkung des Klassenteilers halte ich nicht für umsetzbar. Wichtiger ist zudem die Sicherung von Tandems für die Inklusion.

- 6) *Schulsozialarbeit ist vielerorts Bestandteil der schulischen Bildung. An zahlreichen allgemein bildenden Schulen wurde diese durch die Finanzierung des Landes fester Bestandteil der schulischen Arbeit. Wir halten eine fest verankerte Finanzierung der Schulsozialarbeit an den Berufsschulen für notwendig. Unterstützen Sie diese Forderung?*

Statt einer Zuteilung von bestimmten Stellen an die Schulen halte ich es für sinnvoller, dass die Schule ein Budget an Stunden erhält, über dessen Verwendung sie selbst entscheidet. Je nachdem was sie für ihre Schülerschaft braucht, kann sie dann selbst sehen, ob sie mehr Schulsozialarbeit haben will oder vielleicht lieber mehr Schulpsychologie – oder lieber eine Person für die Bibliothek oder für Küche und Garten. Alle Schulen sollten meiner Meinung nach hier selbstständig Stunden verwenden und Stellen besetzen können.

- 7) *An beruflichen Gymnasien werden zahlreiche Jugendliche trotz gefordertem und erbrachtem Leistungsnachweis abgewiesen, weil nicht ausreichend Schulplätze vorhanden sind. Dieses Problem wird sich noch verschärfen, wenn die Vorgaben für eine Oberstufe an Gemeinschaftsschulen weiterhin bestehen bleibt. Welche konkreten Maßnahmen können Sie sich zur Behebung dieses Mangels vorstellen?*

Das darf in der Tat nicht sein – das berufliche Gymnasium ist wichtig und stellt quasi die Oberstufe der Realschule dar. Ich kann mir vorstellen, dass eine engere Kooperation der Schulen vor Ort dies besser abgleichen kann, unterstützt durch die regionale Schulentwicklungsplanung. An der Gemeinschaftsschule wollen wir keine Oberstufe.

- 8) *Das Land stellt 3 Millionen Euro für Maßnahmen zum Erhalt und Verbesserung der Gesundheit von Lehrkräften zur Verfügung. Die landesweite Erhebung „Gefährdungsbeurteilung am Arbeitsplatz von Lehrkräften“ hat u.a. eine starke Beanspruchung und Belastung der Stimme ergeben. Dies hängt eng mit der Akustik in den Schulräumen zusammen und im Sinne einer Gesundheitsprävention sind*

schallabsorbierende Maßnahmen in Schulräumen vorzunehmen. Werden Sie sich für die Einhaltung der Schulbaurichtlinien entsprechend den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen einsetzen und diese Umsetzung auch kontrollieren?

Diese Forderung scheint mir prinzipiell sinnvoll. Wo Neubauten oder Umbauten von Schulen anstehen, sollte dies mit berücksichtigt werden.

- 9) *Das Gymnasium ist in Baden-Württemberg eine der zwei Säulen im Schulsystem. Für die Weiterentwicklung des Gymnasiums wurde das Gymnasium 2020 entwickelt. Welche Veränderungen halten Sie für das Gymnasium für unabdingbar?*

Das Papier „Gymnasium 2020“ wirft einige wichtige Fragen auf. Zwei möchte ich aufgreifen: Die Aufhebung des Systems der Grund- und Leistungskurse in der Oberstufe ist nicht glücklich. Vor allem in Mathematik sind die starken Jugendlichen im vierstündigen Kurs unterfordert, die schwächeren Jugendlichen überfordert und beide dann unmotiviert. Eine Differenzierung in Grund- und Leistungskurse, auf jeden Fall in Mathematik, auch in der ersten Fremdsprache und weiteren Fächern, sollten wir auf jeden Fall angehen. Das andere Moment ist die Idee eines Coachs – dahinter steckt die Erfahrung, dass sich im Gymnasium mit seiner ausgeprägten Fächerkultur keine Lehrkraft mehr um das Kind in seiner Gesamtpersönlichkeit intensiv kümmert. Auch am Gymnasium brauchen wir eine Lernkultur, die das einzelne Kind besser an die Hand nimmt. Ob ein Coach die richtige Lösung ist, bezweifle ich – aber das Problem ist richtig angesprochen.

- 10) *Die Übergangszahlen an die Werkrealschule und Hauptschulen sind in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Bis zum kommenden Schuljahr werden jedoch weiterhin Grund- und Hauptschullehrkräfte ausgebildet und eingestellt. Haupt-/Werkrealschullehrkräfte brauchen eine berufliche Perspektive und eine Anpassung der Besoldung für die weiteren Schularten. Für welche Veränderungen werden Sie sich einsetzen?*

Nicht wenige Lehrkräfte an Haupt- und Werkrealschulen fragen sich nach ihrer weiteren beruflichen Zukunft. Das ist sicherlich zum Teil sehr frustrierend. Sie brauchen unbedingt weitere berufliche Perspektiven an ähnlichen Schulformen. Dafür müssen Qualifizierungen und Karriereschritte angeboten werden. Es darf nicht zu Schieflagen im Kollegium einer Schule kommen.

- 11) *Lehrkräfte die ihren Dienst in Baden-Württemberg aufnehmen, haben eine Absenkung ihrer Besoldung von 4% bis zu der Besoldungsgruppe A11 und 8% ab der Besoldungsgruppe A12 für die ersten 3 Berufsjahre. Unterstützen Sie unsere Forderung der sofortigen Abschaffung dieser Absenkung?*

Ja, ganz klar! Das war wirklich keine gute, sondern eine schädliche Entscheidung, die wir rückgängig machen werden.

12) *Der letzte Tarifabschluss der Länder wirkt sich für wenig Tarifbeschäftigte positiv aus. Der größte Teil der Tarifbeschäftigten würde bei einer Antragstellung sich schlechter stellen. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben es jedoch verdient, mehr und nicht weniger Gehalt zu beziehen. Mit welchen Maßnahmen möchten Sie dieser Verschlechterung wieder entgegenwirken?*

Tarifabschlüsse gelten und dürfen nicht in ihrer Umsetzung künstlich hinausgeschoben werden. Dies macht der Fiskus gerne, um durch den Zeitaufschub Geld zu sparen, ohne vertragsuntreu zu werden – das darf nicht sein. Die Beschäftigten verdienen eine angemessene Bezahlung, ob verbeamtet oder angestellt.

13) *Für viele Flüchtlinge aus allen Ländern der Welt ist Baden-Württemberg ein neues Zuhause. Voraussetzung für eine gelungene Integration ist die deutsche Sprache. Lehrkräfte in den Kursen für erwachsene Flüchtlinge sind häufig prekär Beschäftigte mit befristeten Verträgen und auf Honorarbasis. Wir halten es für dringend erforderlich, dass diese Lehrtätigkeit ein ordentliches Beschäftigungsverhältnis beruhen sollte. Wie setzen Sie sich hierfür ein?*

Die Vermittlung der deutschen Sprache ist absolut entscheidend für jede weitere Integration. Nicht wenige Sprachschulen beschäftigen ihre Sprachlehrkräfte in einem festen Arbeitsverhältnis, wodurch sie verlässliche und motivierte Kräfte haben. Wie die Volkshochschulen und andere Weiterbildungsträger dies handhaben, ist mir nicht bekannt. Zurzeit wird die Rekrutierung von qualifiziertem Personal das Hauptproblem sein. Je nach Größe und Struktur eines Anbieters kann es auch sinnvoll sein, kein festes Arbeitsverhältnis zu begründen, wenn Sprachlehrkräfte nur temporär gebraucht werden oder noch anderswo oder selbstständig tätig sind. Ein generelles Vorschreiben-wollen über das bestehende Arbeitsrecht hinaus ist da schwierig.